



KEINE STADTAUTOBAHN DURCH BREMEN

EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION UMWELT
Direktion A ENV. A2
Herrn Jean-Francois Brakeland
1049 Bruxelles/Belgié

4. Januar 2012

Sehr geehrter Brakeland,

für Ihr Schreiben vom 9. Dezember 2011, dass uns am 20. Dezember erreicht hat, bedanken wir uns. Ihr Aktenzeichen bzw. Ihre Registrierung ist: Az CHAP(2011)2431.

Unsere Beschwerde möchten wir aufrecht erhalten und bekräftigen. Denn im Jahr 2011 lagen an der Mess-Stelle Dobbenweg die Stickstoffdioxid- und auch die Feinstaub-Werte deutlich über den „Normalgrenzwerten“. Dass die Feinstaubwerte in den letzten Jahren eingehalten wurden, geht vor allem auf eine Verkehrsdämpfung zurück, die Folge eines langwierigen Umbaus der Eisenbahnüberführung Concordia-Tunnel (2007-2010) war.

Weiterhin bitten wir Sie zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen, dass die Nutzungsintensität der angrenzenden Verkehrsstrassen künftig erheblich gesteigert werden soll. In ca. 600m Abstand wird auf dem ehemaligen Krankenhausgelände des Klinikums Mitte an der Bismarckstrasse ein neues Wohngebiet geplant, das zukünftig bis zu 3000 Personen neu aufnehmen soll.

Die Eisenbahntrasse über dem Concordia- Tunnel wird in Zukunft mit Güterzügen erheblich stärker belastet werden, um die Anbindung des neuen Containerhafens in Wilhelmshaven zu sichern. Die Bahnplanung hat keine andere Führung der Güterverkehre dieses Großhafens festgelegt. Die Nutzung der alten Bahntrassen direkt an den dichtbesiedeltesten Stadtteilen vorbei, zeigt den beklagenswert geringen Stellenwert des Immissionsschutzes bei bremischen Verkehrsplanungen. Tragfähige Konzepte zur Dämpfung von Verkehrsemissionen sind uns für diese neuen Planungen auch auf Nachfrage bisher nicht bekannt geworden.

Die bisherigen Maßnahmen zur Luftreinhalte- und Lärminderungsplanung sind unzureichend, wie auch die Ergebnisse der Messungen zeigen. Dabei sind die Mess-Stellen nicht einmal an den Punkten aufgestellt, wo höchste Immissionsbelastungen auftreten.

Angesichts dieser bremischen Randbedingungen können wir in dem Aussetzen von Grenzwerten des Immissionsschutzes keinen konstruktiven Beitrag der EU-Kommission erkennen, der zur Entwicklung eines verbesserten Anwohner- und Umweltschutzes in Bremen beiträgt.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Draub, Dipl. Ing.

f.d.R. Günter Knebel (Unterzeichner Postbrief)

In Vertretung der Bürgerinitiativen (BI) Bismarckstraße, „Keine Stadtautobahn durch Bremen!“ und Rembertiring

Bürgerinitiative „Keine Stadtautobahn durch Bremen!“ www.keine-stadtautobahn.de

Kontaktadressen:

Dr. Gerald Kirchner, Bulhauptstraße 9, 28209 Bremen; Dr. Karl-Detlef Fuchs, Parkstraße 51, 28209 Bremen;
Günter Knebel, Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen; Reinhard Pahl, Richard-Wagner-Str. 40, 28209 Bremen;
Norma Ranke, Bartensteiner Str. 53, 28213 Bremen.

Konto: Sonderkonto Interessengemeinschaft Aufweitungsgeschädigter (IgA), **SPARDA** Bank eG.,
Hannover BLZ 250 905 00, Kto. Nr. 100 873 861